



Protokollauszug  
zum GEMEINDERAT

am Dienstag, 23.10.2012, 17:06 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

**TOP 1**

**Haushaltsplan 2013 und Finanzplanung mit  
Investitionsprogramm 2012-2016  
- Einbringung**

**Vorl.Nr. 445/12**

---

**Beschluss:**

Der Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2013 sowie der Finanzplan mit Investitionsprogramm 2012 bis 2016 wird zur Vorberatung an die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 40 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Kopp (beruflich verhindert)

Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0

**Beratungsverlauf:**

Zu Beginn der Sitzung werden den Mitgliedern des Gemeinderats der Entwurf des Haushaltsplanes 2013 und der Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2012-2016, Vorl. Nr. 445/12 und 446/12 als Tischvorlage ausgeteilt.

Zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2013 sprechen nacheinander OBM Spec und Stadtkämmerer Herr Kiedaisch (FB Finanzen). Beide Reden sowie die dazugehörigen Präsentationen sind Bestandteil des Protokolls und diesem als Anlagen beigelegt.

Der Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2013 sowie der Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2011-2015 sollen in den Gemeinderatssitzungen am 21.11., 04.12. und 05.12.2012 sowie im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 11.12. beraten und im Gemeinderat am 13.12.2012 beschlossen werden.

**Beratungsverlauf:**

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.

**Beschluss:**

1. Aufgrund des Ergebnisses der Bürgerbefragung in Neckarweihingen wird der geplante Lebensmittelmarkt als Vollsortimenter im Neubaugebiet Neckarterrasse gebaut.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das dafür notwendige Bebauungsplanänderungsverfahren einzuleiten.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Kopp  
Stadträtin Schübler

**Beratungsverlauf:**

Auf Sachvortrag wird verzichtet.

Stadträtin **Kopf** erklärt, die CDU-Fraktion werde sich der deutlichen Standortentscheidung der Neckarweihinger Bürgerinnen und Bürger einstimmig anschließen. Ihre Fraktion verbinde mit diesem Votum die Hoffnung, dass man die weiteren, noch anstehenden Punkte für die Weiterentwicklung des Stadtteils in guter Zusammenarbeit angehen könne.

Stadtrat **Juranek** stimmt diesen Ausführungen vollumfänglich zu. Er ergänzt für die SPD-Fraktion die Bitte, nochmals zu prüfen, ob ein Bebauungsplanänderungsverfahren tatsächlich notwendig sei, da dieses eine zeitliche Verzögerung mit sich bringe. Er erinnert zur Begründung dieses Wunsches an eine Aussage von Dr. Acocella, wonach auch im Mischgebiet ein Markt über 1200m<sup>2</sup> möglich sei.

Stadträtin **Schneller** bedankt sich namens der FW-Fraktion bei den Bürgern in Neckarweihingen für die hohe Beteiligung an der Bürgerbefragung. Dem deutlichen Votum werde sich ihre Fraktion ebenfalls anschließen. Anschließen werde sie sich auch dem Prüfauftrag von Stadtrat Juranek. Sie erinnere sich noch an die Aussage der Region, dass ein großer Markt auch mit vorhandenem Baurecht im Gebiet Neckarterrasse möglich sei.

Stadträtin **Klett-Heuchert** teilt die Einschätzung ihrer Vorredner nicht. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bedauere, dass die Diskussion um den Standort für einen Lebensmittelmarkt in Neckarweihingen sehr emotional geführt worden sei. Dadurch seien Sachfragen ins Hintertreffen geraten. Ihre Fraktion anerkenne, dass sich der Großteil der Neckarweihinger für den Standort Neckarterrassen ausgesprochen habe. Allerdings hätten auch rund 25% für den von ihrer Fraktion favorisierten Standort Schwarzwaldstraße votiert. Um diesen Stimmen Rechnung zu tragen, werde sich ihre Fraktion heute enthalten.

Stadtrat Dr. **Heer** erinnert daran, die FDP-Fraktion habe bereits frühzeitig erklärt, sich in jedem Fall an das Ergebnis der Bürgerbefragung halten zu wollen. Daher werde sie den Beschlussvorschlag heute einstimmig mittragen. Allgemein erachte seine Fraktion das Instrument der Bürgerbeteiligung als gut geeignet für die Lösung von strittigen Fragen.

Die Stadträtinnen **Lange** und **Burkhardt** vertreten übereinstimmend die Auffassung, dass die Neckarweihingen Bürgerinnen und Bürger vernünftig abgestimmt hätten. Beide erklären, dem deutlichen Bürgerwillen durch die Zustimmung zum heutigen Beschlussvorschlag Rechnung tragen zu wollen.

Auch Stadtrat **Lettrari** will sich dem Votum der Bürger anschließen, auch wenn diese nach seiner Meinung nur die zweitbeste Alternative gewählt hätten.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) sagt auf Anregungen aus dem Gremium zu, hinsichtlich der Notwendigkeit eines Bebauungsplanänderungsverfahrens nochmals das Gespräch mit dem Regierungspräsidium zu suchen. Bevor weitere Schritte in Angriff genommen würden, werde er über das Ergebnis der Gespräche im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt berichten und das weitere Vorgehen mit dem Gremium abstimmen.

OBM **Spec** stellt in Aussicht, dass ein Vertreter des Regierungspräsidiums zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt eingeladen werden könne.

Anschließend lässt OBM **Spec** unter diesen Prämissen über die Vorl. Nr. 453/12 abstimmen.

**TOP 3**

**Städtebauliche Erneuerungsverfahren in Ludwigsburg  
2013**

**Vorl.Nr. 444/12**

---

#### **Abweichender Beschluss:**

1. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Prioritätensetzung innerhalb der aktuell laufenden Stadterneuerungsverfahren zum Zwecke der Beantragung weiterer Städtebaufördermittel für das Programmjahr 2013 wird *wie folgt* zustimmend zur Kenntnis genommen:

<i>Priorität</i>	<i>Stadterneuerungsprogramm</i>	<i>Geplante Aufstockung für den Antrag</i>
<b>1</b>	<b>Landessanierungsprogramm (LSP) „Ortskern Poppenweiler“</b>	<b>2.500.000 Euro</b>
<b>2</b>	<b>Die Soziale Stadt – Investitionen im Quartier (SSP) „Grünbühl/Sonnenberg/Karlshöhe“</b>	<b>1.350.000 Euro</b>

2. Der Gemeinderat begrüßt weitere mögliche Aufstockungen des Förderrahmens für das Stadtmuseum in Höhe von bis zu 327.661,-- €. Damit könnte der Förderrahmen von 5.155.802,-- € auf bis zu 5.483.463,-- EURO erhöht werden.

Die Verwaltung wird ermächtigt, den mit der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH abgeschlossenen städtebaulichen Vertrag entsprechend der erhöhten zweckgebundenen Zuwendung anzupassen.

3. Bei der Finanzpositionen 2.6157.9880.000-0121 wird eine außerplanmäßige Ausgabe von 327.661,-- € zugelassen. Die Mehrausgabe wird durch Mehreinnahmen von 196.597,-- € bei der Finanzposition 2.6157.3610.000-121 gedeckt. Zur Deckung des Komplementäranteils der Stadt (40%) in Höhe von 131.064 € wird die Deckungsreserve herangezogen.
4. Die Verwaltung wird ermächtigt, aus dem Programm „ASP Untere Stadt“ 250.000,-- EURO für die Generalsanierung der Bietigheimer Straße 17 zur Verfügung zu stellen und einen entsprechenden städtebaulichen Vertrag abzuschließen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen und nach Ziffern getrennt.

Der abweichende Beschluss zur Ziffer 1 wird mit 37 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Der Beschluss zur Ziffer 2 wird mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Der Beschluss zur Ziffer 3 wird mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Der Beschluss zur Ziffer 4 wird mit 37 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Kopp (beruflich verhindert)  
Stadtrat Dr. Vierling (entschuldigt)

### **Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** verweist einleitend auf die Vorl. Nr. 444/12 und bittet um Verständnis für die zeitlichen Zwänge, auf Grund derer die Vorlage ohne Vorberatung zur Beschlussfassung im Gemeinderat aufgerufen werde.

Stadtrat **Glasbrenner** zeigt sich erfreut darüber, dass die Stadt Ludwigsburg trotz knapper Landesmittel in zahlreiche Förderprogramme aufgenommen worden sei. Er erkundigt sich, ob die in Aussicht stehenden zusätzlichen Fördermittel für das Stadtmuseum vollumfänglich zur Abdeckung der Mehrausgaben benötigt würden oder ob die Finanzierung sich allgemein verbessere. Weiter wünscht er sich – über das Jahr 2013 hinaus – eine Auflistung, wo die Verwaltung bei städtebaulichen Erneuerungsverfahren mittel- bis langfristig die Prioritäten sehe.

Stadträtin **Liepins** schließt sich der Frage von Stadtrat Glasbrenner nach den zusätzlichen Fördermitteln für das Museum an. Inhaltlich sei sie grundsätzlich mit der Vorl. Nr. 444/12 einverstanden, allerdings stelle sich ihr die Frage, wieso die im Sachverhalt ausgeführten Vorschläge „Landessanierungsprogramm Ortskern Poppenweiler“ und „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier Grünbühl/Sonnenberg/Karlshöhe“ nicht direkt in den Beschlusstext ausgenommen worden seien.

Stadtrat Dr. **Schwytz** erklärt für die CDU-Fraktion seine Zustimmung zu den in der Vorl. Nr. 444/12 vorgeschlagenen Prioritäten und freut sich besonders darüber, dass scheinbar alle Fördermöglichkeiten bestmöglich ausgeschöpft worden sei. Bei den Mitarbeitern der Verwaltung

wolle er sich insbesondere dafür bedanken, dass auch diese ein schnelles und flexibles Abrufen der Fördermittel beim Land ermöglichten.

Stadtrat **Haag** ruft in Gedächtnis, man dürfe trotz aller Begeisterung für die eingeworbenen Fördermittel den städtischen Haushalt, der durch den notwendigen Eigenanteil belastet werde, nicht aus den Augen lassen. In der Gesamtschau stehe die FDP-Fraktion dennoch hinter den Inhalten der Vorl. Nr. 444/12 und stimme der Prioritätensetzung selbstverständlich zu. Insbesondere verbinde seine Fraktion damit die Hoffnung auf eine positive Weiterentwicklung der Stadtteile Grünbühl und Sonnenberg.

Stadträtin **Burkhardt** freut sich darüber, dass offensichtlich alle Möglichkeiten zur Gewinnung öffentlicher Zuschüsse genutzt worden seien. Dennoch bitte sie darum, über die Ziffern des Beschlussvorschlages getrennt abzustimmen. Die Priorisierung innerhalb der laufenden Stadterneuerungsverfahren finde nicht ihre Zustimmung. Die „Untere Stadt“ – und hier vor allem die Lindenstraße – brauche dringend eine Erhöhung der Zuschussmittel. Die Zuschüsse für die Bietigheimer Straße 17 hingegen könne sie nicht mittragen.

Stadträtin **Lange** schließt sich ebenfalls den Fragen nach den Zuschüssen für das Stadtmuseum an. Grundsätzlich finde die Einwerbung von Fördermitteln ihre volle Zustimmung, allerdings wolle sie wie bereits Stadtrat Haag davor warnen, sich durch dieses Instrument in die falsche Richtung treiben zu lassen. Man könne sich nicht lediglich auf Grund von Zuschüssen für oder gegen das eine oder andere Projekt entscheiden, sondern müsse immer auch den notwendigen Eigenanteil im Blick behalten.

OBM **Spec** beantwortet die Nachfragen zur Zuschusserhöhung beim Museum. Diese habe nichts mit den höheren Baukosten zu tun, sondern resultiere daraus, dass einige Zuschüsse für andere Städte von diesen nicht verwendet und an das Land zurückgegeben worden seien. Dieses habe daraufhin eine Erhöhung in Ludwigsburg ermöglicht.

BM **Schmid** ergänzt, hinsichtlich der Baukosten gebe es nichts Neues zu berichten. Durch die erhöhten Förderbeträge stelle sich die Finanzierung heute besser dar als zum Zeitpunkt des Baubeschlusses.

Auf erneuten Vorschlag von Stadtrat Dr. **Bohn** nimmt OBM **Spec** die im Sachverhalt dargestellten Stadterneuerungsprogramme, deren vorgeschlagene Priorisierung und ihre geplante Aufstockung mit in die Ziffer 1 des Beschlusstexts auf.

Anschließend lässt er über die Ziffern des Beschlussvorschlages der Vorl. Nr. 444/12 getrennt abstimmen.

**TOP 4**

**Einrichtung des Friedrich-Schiller-Gymnasiums als  
Ganztageschule in offener Angebotsform beginnend  
mit einer fünften Klasse ab Schuljahr 2013/2014**

**Vorl.Nr. 356/12**

---

#### **Beratungsverlauf:**

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 4.1.

**Beschluss:**

1. Beim Regierungspräsidium Stuttgart wird beantragt, das Friedrich-Schiller-Gymnasium ab dem Schuljahr 2013/2014 beginnend mit einer fünften Klasse als Ganztageschule in offener Angebotsform einzurichten.
2. Die Stadt Ludwigsburg erklärt sich als Schulträger antragsgemäß bereit, die Sachkosten für die Ganztageschule sowie die Personalkosten für die beantragte Betreuung dauerhaft, vorbehaltlich einer zukünftig möglichen finanziellen Beteiligung des Landes, zu übernehmen.
3. Den jährlich notwendigen Personalkosten in Höhe von ca. 20.000 Euro und jährlich erforderlichen Sachkosten in Höhe von höchstens 5.000 Euro wird zugestimmt. Die anteiligen Kosten für 2013 in Höhe von 9.000 Euro werden vom Budget des Fachbereichs Bildung, Familie, Sport übernommen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, Rahmenbedingungen für Ganztagsbetreuung an den weiterführenden Schulen vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Kopp (beruflich verhindert)  
Stadtrat Dr. Vierling (entschuldigt)

Ja 39 Nein 0 Enthaltung 0

**Beratungsverlauf:**

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM Spec stellt den abweichenden Empfehlungsbeschluss des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales vom 26.09.2012 zur Abstimmung. Dieser unterscheidet sich vom Verwaltungsvorschlag, Vorl. Nr. 356/12, durch die neu ergänzte Ziffer 4.

**Beschluss:**

1. Die der Niederschrift als Anlage 3 beigefügten „Förderungs-Richtlinien für Vereine mit kultureller Zielsetzung in Ludwigsburg“ treten zum 01.01.2013 in Kraft und lösen die bisherigen Förderrichtlinien (siehe Anlage 3 zur Vorl. Nr. 425/12) samt ergänzendem Einzelbeschluss (Vorl.Nr. 443/98), ab.

2. Der bisherige Zuschussetat im Haushalt für die Förderung von Vereinen mit kultureller Zielsetzung (rd. 125 T€) wird ab 2014 um 15.300 € aufgestockt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Kopp (beruflich verhindert)  
Stadtrat Dr. Vierling (entschuldigt)

Ja 39 Nein 0 Enthaltung 0

### **Beratungsverlauf:**

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

Frau **Richert** (FB Kunst und Kultur) erinnert daran, dass Stadtrat Dr. **Bohn** in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 17.10.2012 darauf hingewiesen habe, dass in der Satzung selbst für die Förderung eines zweiten Projekts eine nachweisliche Jugendbeteiligung von mindestens 2/3 der Projektteilnehmer gefordert werde. In der Synopse hingegen werde von überwiegender (ca. 75%) Jugendbeteiligung gesprochen. Sie bittet darum, dieses redaktionelle Versehen zu entschuldigen und schlägt vor, die Forderung nach 2/3 Jugendbeteiligung beizubehalten.

Das Gremium stimmt dem einmütig zu.

OBM **Spec** lässt auf dieser Grundlage über die Vorl. Nr. 428/12 abstimmen.

Die aktualisierten „Förderungs-Richtlinien für Vereine mit kultureller Zielsetzung in Ludwigsburg“ liegen der Niederschrift als Anlage 3 bei.

**TOP 6**

**Neubesetzung des Stiftungsrates der Bürgerstiftung  
Ludwigsburg**

**Vorl.Nr. 442/12**

---

### **Beschluss:**

Auf Vorschlag der FDP-Fraktion wird

Frau Nora Margret Jordan-Weinberg, Wernerstraße 35

als weiteres Mitglied in den Stiftungsrat der Bürgerstiftung Ludwigsburg berufen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Kopp (beruflich verhindert)  
Stadtrat Dr. Vierling (entschuldigt)

Ja 39 Nein 0 Enthaltung 0

**Beratungsverlauf:**

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM Spec stellt die Vorl. Nr. 442/12 zur Abstimmung.